

Aufbruch für eine Energie- und Ressourcenwende

Die Ergebnisse des neuesten IPCC-Klimaberichts zeigen, dass die weltweiten Treibhausgas-Emissionen bislang nicht gebremst wurden und der Klimawandel voranschreitet. Die Weltgemeinschaft hat sich auf das zwei Grad Ziel verständigt, um die Erderwärmung innerhalb eines Rahmens zu halten, der trotz massiver Veränderungen als gerade noch beherrschbar gilt. Faktisch sind wir aber auf einem Pfad, der eher bei knapp fünf Grad Celsius am Ende des Jahrhunderts landet. Das zwei Grad Ziel impliziert eine Reduzierung der CO₂-Emissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts um 80 bis 95 Prozent und um 55 Prozent bis 2030. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen geht davon aus, dass deshalb mehr als 95 Prozent der heute bekannten fossilen Ressourcen im Boden verbleiben müssen.

Um unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten, brauchen wir eine Energie- und Ressourcenwende. Die Art und Weise unseres Wirtschaftens, unserer Energienutzung, unserer Ernährung und Mobilität basiert auf einer Übernutzung endlicher Ressourcen. Unser Wirtschaftssystem ist abhängig von Energie- und Rohstoffimporten. Doch nicht nur seltene Erden, sondern auch Metalle wie Kupfer oder Mineralstoffe wie Phosphat werden zunehmend knapp und teuer. Die konventionelle Landwirtschaft belastet Böden und Grundwasser. Dabei ist längst klar: In einer begrenzten Welt kann es keine unbegrenzte Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen geben. Nachhaltiges Wirtschaften erfordert eine Entkopplung von Wohlstand und Ressourcennutzung. Ohne funktionierende Ökosysteme und die Erhaltung der Natur sind zukünftig stabile Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme nicht möglich.

Die ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft ist eine riesige und umfassende Aufgabe, die bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts weitgehend bewältigt sein muss. Diese anzugehen ist notwendig, um die drohende Klimakatastrophe sowie einen Kollaps unseres Wirtschaftssystems und damit verbundenen Bedrohungen unseres sozialen Friedens zu vermeiden. Die Folgen der Klimakatastrophe haben uns zum Teil schon jetzt erreicht, nicht nur in Australien und am Nordpol. Schon jetzt nehmen Dürren, Stürme, extreme Hitze- und Kälteperioden zu. Schon jetzt flüchten jährlich weltweit Millionen von Menschen vor den Auswirkungen der Klimakatastrophe. Die Folgen dieser Entwicklung werden bald noch deutlicher zu spüren sein. Umwelt- und Klimapolitik ist daher die zentrale Gerechtigkeitsfrage im 21. Jahrhundert. Es geht nicht nur um Ressourcenverbrauch, sondern auch um den Zugang von Ressourcen, deren Verteilung und deren Wertschöpfung. Ohne den Blick auf die sozialen Auswirkungen

der heutigen und der zukünftigen Klima- und Umweltpolitik ist die ökologische Transformation nicht zu schaffen.

Je schneller und konsequenter es gelingt, die Herausforderungen zu bewältigen, desto friedlicher und sozialverträglicher wird dieser Prozess verlaufen. Je länger dagegen gezögert wird, desto schwieriger wird es sein, die notwendigen Schritte umzusetzen. Allerdings sind die erforderlichen Maßnahmen für diesen Umbau nicht von heute auf morgen zu stemmen. Sie gelingen nur als ein Kraftakt, der weiter reicht als eine Legislaturperiode.

Diese Energie- und Ressourcenwende ist eine Herausforderung, aber zugleich auch eine Chance für Innovation, neue Technologien, die Entstehung neuer Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung. Eine sparsamere Lebensweise, verändertes Konsumverhalten und ein geringerer Ressourcenverbrauch müssen nicht mit einem Verlust von Lebensqualität einhergehen. Ganz im Gegenteil, sie bieten die Chancen für eine bewussteren Umgang mit den Ressourcen dieser Welt und eine Stärkung sozialer Innovationen sowie regionaler und sozialer Ökonomien wie beispielsweise Carsharing oder Share Economy-Projekte.

Weltweit erfordern die notwendigen Veränderungen angemessene Beiträge in jeder Region. Neben einer globalen Verständigung und einer anderen Politik in Europa und in der Bundesrepublik gilt es auch vor Ort die ökologische Transformation konkret umzusetzen. Und hier gibt es Möglichkeiten, etwas zu verändern und den Wandel einzuleiten. Die rot-grüne Landesregierung hat in Niedersachsen erste Weichen gestellt, beispielsweise mit neuen Akzenten in der Energiepolitik, der Einleitung der Agrarwende und einer nachhaltigen Forschungspolitik. Diesen Weg müssen wir konsequent weiter gehen und ausbauen.

Der wichtigste Beitrag Niedersachsens zur Begrenzung der Erderwärmung besteht in der Abkehr von fossilen Brennstoffen, da zwei Drittel der niedersächsischen Treibhausgas-Emissionen heute durch die Verwendung von Kohle, Erdöl und Erdgas verursacht werden. Angesichts eines Anteils von 25 Prozent ist aber auch die größtmögliche Reduzierung der landwirtschaftlich bedingten Emissionen von erheblicher Bedeutung. Eine konsequente Agrarwende wird die Ressourcen Boden und Grundwasser schützen, weniger Phosphat- und Stickstoffdünger verbrauchen und weniger Treibhausgase produzieren. Grundlegende Veränderungen unseres Mobilitätsverhaltens werden u.a. zur Verringerung des Ressourcen- und Energieverbrauchs in der Automobilindustrie und

der Kohlenstoffdioxidemissionen pro Person führen.

Energiewende funktioniert nur mit gleichzeitiger Energieeinsparung und Effizienzsteigerung

Unser Ziel ist der Umbau der Energieversorgung hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien, ohne dass dabei energieintensive Prozesse ins Ausland verlagert werden. Allein durch einen Ausbau von Wind- und Sonnenenergienutzung lässt sich das Ziel 100 Prozent jedoch nur schwer erreichen. An erster Stelle müssen dabei Energieeinsparung und mehr Effizienz im Fokus zukünftiger politischer Gestaltung stehen. Zudem muss der Flächenbedarf für die Energieproduktion in Einklang gebracht werden mit den Nutzungsansprüchen des Naturschutzes und der Nahrungsmittelproduktion.

Gebäudeheizung und Warmwasserbereitung machen nahezu ein Drittel des gesamten Endenergieverbrauchs in Niedersachsen aus. Mit der energetischen Sanierung des aktuellen Bestandes auf Niedrigenergiehaus-Standard halbiert sich der Energiebedarf eines durchschnittlichen Gebäudes. Dabei muss auch im Gebäudebereich das Prinzip Erhalt vor Neubau gelten. Angesichts des mit einem Neubau verbundenen hohen Ressourceneinsatzes sollte dieser nur nach einer Öko-Bilanz und einem Alternativen-Vergleich erfolgen. Ist ein Neubau erforderlich, muss im Sinne einer zukünftigen Klimaneutralität das Plusenergiehaus zum neuen Standard werden.

Mit einer Sanierungs- und Ersatzrate von drei Prozent kann fast die gesamte beheizte Wohn- und Gewerbefläche so innerhalb von wenigen Jahrzehnten auf einen vertretbaren Wärmestandard gebracht werden. Verbesserte Dämmung, effiziente Anlagentechnik und der Einsatz erneuerbarer Wärme reduzieren dabei die Heizkosten und bieten Marktchancen für Handwerk und Mittelstand. Energieeffizientes Wohnen muss aber für alle bezahlbar bleiben. Daher brauchen wir eine faire Lastenteilung zwischen VermieterInnen und MieterInnen.

Die durchschnittlich genutzte Wohnfläche pro Person steigt seit Jahren kontinuierlich – und damit wächst der Raum, der aufwändig beheizt wird. Zugleich sinken seit Jahren die durchschnittlichen Haushaltsgrößen und damit steigt der Bedarf an kleineren Wohnungen für Singles und Kleinfamilien. Der regional existierende Wohnungsbestand passt vielerorts nicht immer zu den Bedürfnissen der Menschen. Damit Menschen nicht unfreiwillig in zu großen, teuren Wohnungen leben und diese beheizen müssen, bieten sich regionales Umzugsmanagement, Unterstützung bei der baulichen Halbierung von

großen Wohnungen sowie die Förderung neuer Wohnformen beispielsweise für SeniorInnen an.

Die Wärmeversorgung soll weitgehend durch thermische Solaranlagen und Wärmepumpen, die mit überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energien betrieben werden, erfolgen. Beim Einsatz fossiler Brennstoffe zur Erzeugung von Strom und Prozesswärme soll anfallende Wärme weitestgehend für Heizzwecke ausgekoppelt werden (Kraft-Wärme-Kopplung; KWK) – hier liegen noch viele Potenziale brach. Besonders im ländlichen Raum sind auch Langzeitspeicher zu nutzen. Forschungs- und Markteinführungsprogramme müssen zum Erreichen dieser Ziele dringend ausgebaut werden.

Im Verkehrssektor wird gut ein Viertel des gesamten Endenergieverbrauchs in Niedersachsen verursacht, mehr als 80 Prozent davon als Treibstoff im Straßen- und Schienenverkehr. Für das Gelingen der Energie- und Ressourcenwende ist es daher entscheidend, den gesamten Verkehrsbereich nachhaltiger zu gestalten. Dafür ist eine Verlagerung eines Teils der Straßen-Verkehrsleistung von PKW auf öffentliche Verkehrsmittel ebenso erforderlich wie eine Stärkung eines klimaverträglichen Güterverkehrs z.B. von den norddeutschen Seehäfen ins Binnenland auf Schienen oder Binnenwasserwegen.

Durch die weitgehende Umstellung des Straßen- und Schienenverkehrs auf verlustarme elektrische Antriebe kann einerseits das eng begrenzte Potential an Biokraftstoffen geschont und andererseits der Endenergiebedarf pro Personen- bzw. Tonnen-Kilometer um über 70 Prozent gesenkt werden. Brennstoffzellen werden dagegen wegen der hohen Energieumwandlungsverluste auf absehbare Zeit auf spezielle Nischenanwendungen beschränkt bleiben.

Der Luftverkehr wird zukünftig im Wesentlichen auf Biokraftstoffe angewiesen sein, da eine Elektrifizierung nicht möglich ist und die prinzipiell denkbare Versorgung mit Wind-/Solar-Wasserstoff bzw. daraus künstlich hergestellten Kohlenwasserstoffen ineffizient und praktisch schwierig umsetzbar ist. Auch unter Annahme einer erheblichen Effizienzsteigerung durch technische Verbesserungen, geringere Fluggeschwindigkeiten und geringere Flughöhen wird sich mit dem sehr eng begrenzten Biokraftstoff-Potenzial die Luftverkehrsleistung im heutigen Umfang nicht aufrecht erhalten lassen.

Die Produktion von Konsum- und Investitionsgütern beansprucht nahezu ein Drittel des

gesamten Endenergieverbrauchs in Niedersachsen. Daher ist eine längere Nutzungsdauer der Konsum- und Investitionsgüter ebenso wie mehr Einsparung durch einen bewussteren Umgang entscheidend. Entsprechend reduziert sich der Energiebedarf der Produktion und der Bedarf an Rohstoffen sinkt. Eine beispielsweise durchschnittlich um ein Drittel verlängerte Nutzungsdauer führt selbst bei Berücksichtigung eines erhöhten Reparaturbedarfs zu einer 20-prozentigen Senkung des Energie- und Rohstoffeinsatzes bzw. des Recycling-Bedarfs. Voraussetzung für die Hebung der Potentiale ist die Umkehr des gegenwärtigen Trends zu immer kürzeren Nutzungszeiten und immer höheren Produktionsraten. Mit diesem Prozess muss ein Umbau hin zu mehr Nachhaltigkeit im gesamten Wirtschaftssystem verbunden sein.

Ressourcen sind kostbar

Der Menschheit stehen Ressourcen nur in begrenztem Maße zur Verfügung. Bei den direkt von Menschen genutzten Ressourcen handelt es sich zum einen um nicht regenerierbare Bodenschätze, die sich im Verlauf der Erdgeschichte lokal angereichert haben – fossile Energierohstoffe, Erze, Mineralien, Steine und Erden, fossiles Grundwasser – und zum anderen um prinzipiell regenerierbare Ressourcen wie beispielsweise fruchtbarer Boden, forstwirtschaftlich genutzte Wälder und Süßwasser. Die übermäßige Nutzung nicht nachwachsender Bodenschätze in Verbrennungsprozessen und viele agrarwirtschaftliche und industrielle Tätigkeiten verursachen zu viele Treibhausgase, so dass über den gesamten Globus Klimaänderungen mit zum Teil dramatischen Auswirkungen drohen und auch bereits stattfinden. Die Ausbeutung, Verarbeitung und stoffliche Nutzung der anderen Ressourcen wird ebenfalls an Grenzen stoßen, deren Überschreitung zunächst regional aber zunehmend auch global negative Folgen nach sich ziehen wird. Knappe Ressourcen werden zu Preiserhöhungen führen und einige Produkte werden für breite Schichten der Bevölkerung plötzlich nicht mehr bezahlbar.

Die Gewinnung und Aufbereitung von Bodenschätzen ist oft mit erheblichen Schäden für Menschen und Umwelt verbunden. Durch Tagebau werden aktuell ganze Landstriche verwüstet sowie Flora und Fauna vernichtet, die einheimische Bevölkerung wird vertrieben, es findet eine Übernutzung knapper Wasserreserven statt, es werden Abfälle und Abwässer produziert, schädliche Abgase ausgestoßen und Treibhausgase freigesetzt. Ein typisches Beispiel ist die Aluminium-Gewinnung in Brasilien. Aluminium gilt in der Autoindustrie als klimafreundlich, weil es leichtere und damit energiesparende Fahrzeuge ermöglicht. Doch das Erz Bauxit für die Aluminiumherstellung baut z.B. der amerikanische Alcoa-Konzern im

brasilianischen Amazonasregenwald ab. Dieser wird großflächig gerodet. Toxische Rückstände und Müll vergiften das Ökosystem. Es werden riesige Stauseen für die Elektrizitätsgewinnung angelegt, denn die Verhüttung des Bauxits zu Aluminium ist extrem energieintensiv. Der im Wasser versunkene Regenwald produziert enorme Mengen an klimaschädlichen Faulgasen. Diese heizen zusätzlich zu dem Kohlendioxid aus der Aluminiumproduktion die Erderwärmung an. Die lokale Bevölkerung verliert ihre Lebensgrundlagen und protestiert schon seit vielen Jahren gegen die Naturzerstörung.

Die Bedeutung vieler Rohstoffe in einer grünen Ökonomie erfordert eine langfristige und umfassende Rohstoffstrategie. Sie darf aber nicht allein auf die wirtschaftlichen Aspekte abzielen – es gilt auch die ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Konsequenzen in den Rohstoffländern in den Blick zu nehmen. Wir beurteilen Rohstoffe eben nicht allein nach ihrem Versorgungsrisiko. Es muss uns gelingen, Rohstoffe sparsamer einzusetzen, sie wiederzuverwenden und zunehmend durch regenerative Materialien zu ersetzen. Hierbei darf die erhöhte Ressourceneffizienz nicht zu vermehrtem Verbrauch und damit zu höherer Naturbelastung führen, der sogenannte Rebound-Effekt muss vermieden werden.

Eine wirklich nachhaltige Ressourcenstrategie für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen steht auf fünf Säulen: umwelt- und sozialverträgliche Gewinnung von Rohstoffen, Ersetzung von nicht-erneuerbaren Rohstoffen durch nachwachsende Rohstoffe, effizienter Einsatz von Rohstoffen, lange Nutzungszeiten der Industrie- und Konsumgüter und möglichst hochwertiges Recycling von Altstoffen.

Ernährung dauerhaft sichern

Die intensive Landwirtschaft lässt der Arten- und Biotopvielfalt keinen Raum. Pestizide sind eine große Gefahr für die Natur. Insekten-, Vögel- und Kleintierbestände gehen seit Jahren zurück. Die Belastung des Wassers durch Überdüngung zerstört Ökosysteme in Seen und Fließgewässern und gefährdet unsere Trinkwasserversorgung. Ein Umbau der Landwirtschaft hin zu ökologischer Bewirtschaftung kann das dramatische Artensterben bei Insekten wie beispielsweise der Bienen und bei Vogelarten des Offenlandes bremsen und zur Erholung des Bodenlebens beitragen.

Die Landwirtschaft in Deutschland verursacht einen erheblichen Teil der klimaschädlichen Gase. Im Jahr 2012 war sie für die Emission von rund 70 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂)-Äquivalenten verantwortlich. Die Emissionen aus der

Landwirtschaft sind nach den energiebedingten Emissionen aus der stationären und mobilen Verbrennung (83,7 Prozent) zusammen mit den prozessbedingten Emissionen der Industrie (7,3 Prozent) der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland. Dafür verantwortlich sind vor allem Methan-Emissionen aus der Tierhaltung, das Ausbringen von Wirtschaftsdünger sowie Lachgas-Emissionen aus landwirtschaftlich genutzten Böden als Folge der Stickstoffdüngung. Ökologische Landwirtschaft hat demgegenüber insgesamt eine radikal bessere Klimabilanz als konventionelle Landwirtschaft.

Niedersachsen hat als Agrarland Nummer eins in der Bundesrepublik eine besondere Stellung und Verantwortung bei der zukünftigen Ausrichtung der Landwirtschaft. Die auf Massentierhaltung ausgerichtete Agrarindustrie ist wegen der Übernutzung der Ressourcen sowie erheblicher Treibhausgas-Emissionen nicht zukunftsfähig. Die einseitige Ausrichtung der Agrarindustrie insbesondere in Westniedersachsen auf Masse statt Klasse hat zu einer gefährlichen Abhängigkeit von Exportmärkten geführt. Auch eine staatliche Exportförderung, die die Landwirtschaft und Märkte in den weniger entwickelten Ländern belastet, ist keine Lösung und schadet damit den Entwicklungsländern. Die Tierhaltung in Niedersachsen sollte verstärkt auf lokale und regionale Märkte und die vorhandene Fläche ausgerichtet werden, damit es zu einer gesellschaftlich breit akzeptierten Tierhaltung kommen kann. Dazu begrüßen wir die von grünen AgrarministerInnen erstrittene Streichung der Subventionen für Großschlachthöfe, die Umverteilung der Agrarsubventionen von groß nach klein und klare Obergrenzen für die in Niedersachsen an Tierschutz und Flächen gebundene Stallbauförderung für bäuerliche Betriebe. Der Übergang zu einer an ökologischen Kreisläufen orientierten Landwirtschaft ist deshalb unvermeidlich. Zukünftig muss es darum gehen, mehr Qualität statt Masse zu produzieren.

Die mit dem heutigen Nettoimport von Nahrungs- und vor allem Futtermitteln verbundene weltweite Flächenbeanspruchung unserer industrialisierten Landwirtschaft wird sich nicht aufrecht erhalten lassen, weil sich der Druck auf die globalen Agrarflächen im Zuge von Landgrabbing, Bevölkerungswachstum und Wüstenbildung durch den Klimawandel bereits heute stark erhöht und auch zukünftig massiv steigen wird.

Zu Acker- bzw. Intensivgrünland umgewandelte Moorflächen, die heute 12 Prozent der Niedersächsischen bzw. knapp die Hälfte der landwirtschaftlich bedingten Treibhausgas-Emissionen verursachen, müssen zur Minimierung der Klimabelastung

wieder vernässt werden.

Die heute beanspruchte Anbaufläche für Futtermittel nimmt etwa zwei Drittel der Landwirtschaftsfläche ein. Wegen der um ein Vielfaches höheren Flächeneffizienz pflanzlicher Nahrungsmittel bringt die Erhöhung ihres Anteils große Flächeneinsparungen. Eine Reduzierung des Fleischkonsums hat damit nicht nur positive Auswirkungen auf Tierschutz und Gesundheit, sondern stellt auch einen Beitrag für ein Gelingen der Energie- und Ressourcenwende dar. Doch auch der Umgang mit den übrigen Lebensmitteln muss in den Fokus genommen werden. Schon heute gibt es Berechnungen, wonach die Hälfte der fertigen Lebensmittel im Müll landen. Diese Verschwendung muss dringend beendet werden. Erst recht lehnen wir die Vernichtung von Lebensmitteln zur „Marktunterstützung“ ab, wie z.B. ein kürzlich beschlossene EU-„Hilfsprogramm“, das die Kompostierung oder „Nichternte“ von Obst und Gemüse mit 165 Mio. Euro fördert, und fordern unsere Mandatsträger auf, auf allen zuständigen Ebenen gegen eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Vernichtung von Agrar-Produkten vorzugehen.

Die Landwirtschaft hat einen erheblichen Anteil am Gelingen der Energie- und Ressourcenwende, wobei zukünftig das begrenzte Vorhandensein von Böden und Flächen stärker in den Fokus genommen werden muss. Der in Niedersachsen bereits erreichte Anteil des Anbaus von Energiepflanzen von 11 % an der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist nicht weiter ausbaubar.

Bioenergie und nachwachsende Rohstoffe

Strom aus Biogas hat den Vorteil, dass diese erneuerbare Energieform regelbar ist und dann ins Netz eingespeist werden kann, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Allerdings ist Bioenergie sehr flächenintensiv und steht deshalb besonders stark in Konkurrenz zu anderen Flächennutzungen. Vor allem aber ist der Betrieb der heute gängigen Biogasanlagen nicht nur teuer, sondern hat auch sehr negative Auswirkungen auf Landwirtschaft und Umwelt: Die hohen mit nachwachsenden Rohstoffen zu erzielenden Gewinne führen zu enormen Preisanstiegen bei Pacht und Kauf von landwirtschaftlichen Flächen. Dies schadet vielen mittelständischen Landwirten, insbesondere Milchviehbetrieben mit Weidehaltung und Bio-Betrieben. Niedersachsen ist besonders betroffen. So stieg die für den Anbau von Energiepflanzen genutzte Hektarzahl von 200.000 im Jahr 2008 auf 340.000 im Jahr 2012. Es kam zu vermehrten Grünlandumbrüchen und sogar zu Maisanbau auf moorigen Böden – mit einer

verheerenden Klimabilanz. Welche Gefahren von dem Gärsubstrat mit Gülle- oder Hühnertrockenkot-Anteil ausgehen, ist nicht ausreichend erforscht. Da Nutztiere häufig mit Antibiotika behandelt werden, muss davon ausgegangen werden, dass sich im Gärsubstrat Antibiotikaresten und antibiotikaresistente Keime befinden. Eine intensivere Forschung an und Untersuchung von Gärsubstrat auf solche Rückstände und auf Pilze ist deshalb dringend notwendig.

Viele Biogasanlagen werden derzeit klimaschädlich bewirtschaftet, weil die Wärmeenergie nicht oder nur unzureichend genutzt wird. Um Biogas effizient zu verwerten, muss sichergestellt werden, dass in KWK-Anlagen auch die Wärmeleistung zu 100% sinnvoll genutzt wird. Dies lässt sich oft nur durch eine Einspeisung des Biogases in das Gasnetz und die Verbrennung in KWK-Anlagen in der Nähe von ganzjährigen Wärmeabnehmern gewährleisten. Baurecht und EEG müssen entsprechend klare Regelungen erhalten: Ohne Nutzung der Wärme sollte keine Baugenehmigung erteilt werden und es sollte Vergütung gezahlt werden, die die Gasnetzeinspeisung betriebswirtschaftlich ermöglicht.

Nur eine naturverträgliche Nutzung von Bioenergie kann vor diesem Hintergrund einen sinnvollen Beitrag zur Energie- und Ressourcenwende leisten. Hierzu sollte vorrangig das Potenzial an organischen Abfall- und Reststoffen genutzt werden, wo immer dies aus energetischer und aus stofflicher Sicht sinnvoll möglich ist.

Die landwirtschaftlichen Einsatzstoffe müssen diversifiziert werden: weg vom Mais, hin zu Alternativen wie Blühpflanzen. Die Kriterien einer zukunftsfähigen Landwirtschaft müssen auch hier uneingeschränkt Anwendung finden. Eine räumliche Konzentration sollte durch eine gleichmäßigere landesweite Verteilung entschärft werden. Auch eine Nachrüstung von bestehenden Anlagen zur effizienteren Nutzung der Bioenergie, beispielsweise durch die Nutzung von Wärmenetzen, kann die Energiewende unterstützen.

Die Ressourcenwende sanft und sozial gestalten

Unser Wirtschaftssystem ist in seiner aktuellen Form auf die Generierung von Wachstum fixiert. Eine Steigerung des materiellen Wohlstandes und die Schaffung von Arbeitsplätzen wird im derzeitig dominierenden öffentlichen Diskurs mit einer Erhöhung der Wachstumsraten verbunden. Aber die aktuelle Form der Wachstumsgenerierung bedeutet auch, dass immer mehr Ressourcen benötigt werden, ökologischer Raubbau

betrieben wird und der materiellen Wohlstand weltweit extrem ungleich verteilt ist. Ziel einer Energie- und Ressourcenwende muss es daher sein, deutlich weniger unserer begrenzten natürlichen Ressourcen zu verbrauchen und diese gerechter global zu verteilen.

Es gibt für die ökologische Wirtschaftswende keine Blaupause. Die Diskussion über die gerechte Verteilung von knappen Ressourcen innerhalb unserer Gesellschaft sowie weltweit findet bislang öffentlich nicht statt. Wir müssen daran arbeiten, einen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit der Ressourcenwende herzustellen – wie wir sie für die Energiewende zumindest teilweise erreicht haben – sowie die ersten konkreten Schritte in Richtung nachhaltiges und gerechtes Wirtschaften anzugehen. Um das sicherzustellen, ist unter anderem eine engere Verzahnung von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik dringend erforderlich.

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass man beim Klimaschutz nicht alleine auf die internationale Klimadiplomatie und einen Erfolg der Konferenz in Paris 2015 setzen kann. Angesichts des drohenden Klimawandels, können wir aber nicht länger auf die Staaten zu warten, die ein ambitioniertes Klimaabkommen verweigern. Ein globales Klimaabkommen bleibt unser Ziel und wir müssen alles dafür tun, dass die Konferenz zu einem Erfolg wird. Parallel ist es nun aber notwendig Vorreiterallianzen zu gründen: Staaten mit ambitionierter Klimapolitik sollten vorangehen und sich unter anderem bindende Ziele zur Reduktion der Treibhausgase und der Erhöhung der Effizienz auferlegen. Der Anreiz zur Beteiligung an einer solchen Allianz für weitere Staaten könnte in einem intensivem Technologietransfer, der stärkeren Unabhängigkeit von Rohstoffimporten und weitgehenden Kooperationen zwischen den Mitgliedsstaaten, etwa in der Handelspolitik, liegen.

Global denken, in Niedersachsen handeln!

Die umfassende Energie- und Ressourcenwende ist eine globale Herausforderung. Wir brauchen endlich verbindliche internationale Klimaschutzziele sowie eine andere Politik in der Bundesrepublik und in Europa. Trotzdem können wir auf diese Veränderungen nicht warten, es gilt hier in Niedersachsen den Wandel weiter voranzutreiben:

1. Wissenschaft und Forschung sind entscheidend, um neue Technologien für eine effiziente Nutzung und Speicherung von erneuerbaren Energien, mehr Effizienz und einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zu erreichen. Nur wenn wir dies weiter vorantreiben, wird die Energie- und Ressourcenwende gelingen. Mit dem Programm „Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung“ unterstützt

Niedersachsen bereits jetzt Projekte, die einen Beitrag für die Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft leisten.

2. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieproduktivität muss weiterhin vorangetrieben werden. Die Einrichtung der niedersächsischen Klimaschutz- und Energieagentur (KEAN) als Vernetzungs-, Kommunikations- und Koordinationsstelle war bereits ein wichtiger Schritt. In einem niedersächsischen Klimaschutzgesetz müssen nun konkrete Ziele auch für die Energieeffizienz festgelegt werden. Außerdem muss der im Ausland stattfindende Energieeinsatz für die Bereitstellung von Rohstoffen für die hiesige Industrie in Energiebilanzen Berücksichtigung finden.
3. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Reform des Erneuerbaren Energiengesetzes (EEG) ein. Neben der Deckelung und massiven Behinderung des weiteren Ausbaus von Erneuerbaren Energien und der Belastung von Eigenstromverbrauch (Stichwort "Sonnensteuer") durch die EEG-Reform der großen Koalition war der Kardinalfehler des Reformvorhabens der Bundesregierung der Verzicht auf eine zeitgleiche Reform des Emissionshandelssystems. Lasche Klimaziele, zu umfangreiche Freistellungen und ein Rückgang der Wirtschaftsleistung einiger Länder im Zuge der Finanzkrise hat den Preis für ein Verschmutzungsrecht für eine Tonne CO²-Äquivalent von knapp 20 auf gut 3 Euro einbrechen lassen. Wir brauchen wieder ein funktionierendes Anreizsystem, dass die Industrie in die Pflicht nimmt, Emissionen zu senken.
4. Die öffentliche Hand hat eine Vorbildfunktion, diese muss das Land offensiv nutzen und ausbauen. Hierzu gehört der Bezug von grünem Strom ebenso wie eine ambitionierte und zügige energetische Sanierung landeseigener Gebäude. Darüber hinaus ist bei Beschaffungen verstärkt auf die Verwendung erneuerbarer Rohstoffe und das möglichst recyclinggerechte Design zu achten. Auch sollten Waren aus Entwicklungsländer entsprechend den Fairtrade-Grundsätzen beschafft werden.
5. Die Einleitung der Agrarwende ist eine entscheidende Weichenstellung, um die durch Landnutzung bedingten Treibhausgas-Emissionen zu senken und die Landwirtschaft ökologischer zu gestalten. Niedersachsen hat sich mit strengeren Rahmensetzungen, ökologischen Anreizprogrammen und dem Schutz der Moore auf den Weg gemacht. Diesen Weg müssen wir konsequent weiter gehen.
6. Niedersachsen muss in Zukunft das Land der nachhaltigen Mobilität und der ökologischsten Fahrzeuge werden. Die Verkehrswende wird nur gelingen, wenn

wir den Öffentlichen Personenverkehr, den Radverkehr und alternative Verkehrskonzepte wie Carsharing u.ä. weiter stärken, den Gütertransport auf die Schiene oder Wasserwege verlagern und die Entwicklung und Verbreitung alternativer Antriebssysteme vorantreiben.

7. Fast alle Unternehmen in Niedersachsen weisen erhebliche Energieeffizienzpotenziale auf. Bestehende Beratungs- und Investitionsförderprogramme müssen viel stärker als bisher flächendeckend ins Bewusstsein der vielen Entscheidungsträger dringen. Dies betrifft auch die unzähligen kleinen und kleinsten Unternehmen ohne formelles Energie- und Ressourcenmanagement. Einsparungen und mehr Effizienz sichern langfristig auch die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Nicht zuletzt müssen Handwerksbetriebe in der Lage sein, energieeffiziente Produkte und Anlagen fachgerecht zu verarbeiten und zu montieren. Das Land Niedersachsen muss den ökologischen Umbau in den Unternehmen im Besitz oder Teilbesitz des Landes Niedersachsen vorantreiben. Insbesondere bei der Volkswagen AG soll eine Neuausrichtung verstärkt auf ökologischere Fahrzeuge und innovative Antriebstechnologien setzen. Alle Unternehmen mit Beteiligungen des Landes sollen auf Strom aus erneuerbaren Energien umgestellt werden.
8. Wir setzen uns für ein Programm zur Aus- und Weiterbildung in Schulen, im Handwerk, sowie in klein- und mittelständischen Unternehmen ein, um interdisziplinär und praxisnah mehr Energie- und Materialeffizienz zu erreichen. Hierzu gehören z.B. veränderte Lehrpläne, Energieberatungen, Energiedienstleistungen und Bevölkerungsinformation in den Medien.
9. Wir brauchen eine erweiterte landesweite Recyclingoffensive, um Stoffe einer nachhaltigen Nutzung und Wiederverwertung zuzuführen. Nichterneuerbare Ressourcen und insbesondere solche, deren Förderung und Verarbeitung Umweltschäden verursachen, müssen sehr sparsam und vorwiegend in langlebigen Gütern verwendet werden und nach der Primärnutzung einem möglichst hochwertigen Recycling zugeführt werden, am besten in Form geschlossener Kreisläufe. Anzustreben ist aus energetischen und umweltpolitischen Gründen und wegen der Endlichkeit abbauwürdiger Ressourcen ein nahezu 100prozentiges Recycling aller Metalle und anderer Wertstoffe. Im Bereich der Lebensmittelverpackungen sind Pfandsysteme zu etablieren und auszuweiten und der Einweganteil ist deutlich zu reduzieren. Bei der Müllbehandlung muss zukünftig die stoffliche Verwertung (Recycling) gegenüber der energetischen Verwertung (Verbrennung) vorgezogen

werden. Um die aktuell vorhandene Lebensmittelverschwendung tatsächlich effektiv zu verringern, muss die Landesregierung konkrete Maßnahmen erarbeiten, die Anreize zur Verringerung der Verschwendung in der gesamten Wertschöpfungskette setzen. Hierbei kann die Arbeit des runden Tisches "Neue Wertschätzung für Lebensmittel" aus NRW als Beispiel dienen. Initiativen gegen diese Verschwendung, etwa den Foodsharing e.V., unterstützen wir. Das sogenannte "Containern" sehen wir als aktives Zeichen gegen die Wegwerfgesellschaft und bekräftigen unsere Forderung nach dessen Legalisierung.

10. Das Land Niedersachsen muss sich für konkrete Maßnahmen gegen geplante Obsoleszenz einsetzen. Die Einführung einer hierfür erforderlichen Kennzeichnungspflicht über die geplante Mindestnutzungsdauer wird ebenso angestrebt wie eine Verlängerung der gesetzlichen Gewährleistungsfristen und eine Beweislastumkehr bei Vorliegen eines Sachmangels.
11. Das Land Niedersachsen muss die Entwicklung nachhaltiger Materialien und Produktionsprozesse aktiv unterstützen und vorantreiben. Hierzu gehört beispielsweise ein landesweites Programm für die Entwicklung einer nachhaltigen Dämmstoff-Produktpalette und ein Marktanreizprogramm für nachhaltige Baustoffe.
12. Das Land Niedersachsen muss im Sinne der Ressourcenwende verstärkt Projekte unterstützen, die eine intensivere und längere Nutzung von Produkten und damit eine Verringerung des Konsumbedarfs anstreben. So sollen Projekte und gesellschaftliche Initiativen unterstützt werden, die eine gemeinschaftliche Nutzung von Produkten über neue Formen des Leihens, Teilens und Tauschens vorsehen oder auch Reparaturnetzwerke und Ähnliches.
13. Im Gebäudebereich sollte die Sanierung und ggf. Umnutzung des vorhandenen Bestandes Vorrang vor Neubau haben. Bei Neubauten muss der Plusenergie-Standard zur Selbstverständlichkeit werden. Außerdem ist die Verwendung regenerativer Materialien als Alternative zu hochenergetischen erzeugten Baustoffen voranzutreiben.